

**Gegenstand: Haushalte 2013 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung - Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen - Beschlussfassung**

**Haushaltsrede CDU – Dr. Gottfried Jung:**

Herr Dr. Jung zitiert eingangs Theodor Heuß, der das Sparen als Mittelweg zwischen Geiz und Verschwendung bezeichnet hatte.

Unter dem Eindruck dieses Zitats steht die CDU-Fraktion zu den kulturellen Einrichtungen. Die Attraktivität des Wohnstandortes Speyer hat auch Auswirkungen auf die Steuerkraft. Tourismusförderung ist eine freiwillige Leistung - bringt aber geschätzte 60 Mio. € Einnahmen für Wirtschaftstreibenden, die sich an den Aufwendungen allerdings in angemessenem Maß beteiligen sollten.

Er nennt den vom Land beschlossenen Ausbau der Kinderbetreuung und die Schülerbeförderung (Kosten: 500.000 € jährlich) als Beispiele für die finanzielle Belastung durch den Landesgesetzgeber. In Baden-Württemberg tragen die entsendenden Gemeinden die Kosten der Schülerbeförderung, in RLP die Schulstädte. Die unbefriedigend geregelten Stadt-Umland-Beziehungen führen nach seiner Meinung zu einer finanziellen Schiefelage, ebenso der kommunale Finanzausgleich, der vom Verfassungsgerichtshof gerügt wurde. Er setzt keine besonders hohen Erwartungen an die anstehende Neuordnung und äußert die Hoffnung, dass wenigstens die angekündigten Bundesmittel für Grundsicherung unbeschnitten an die Kommunen weitergeleitet werden.

Die Neuordnung der Finanzen muss zusammen mit der Kommunalreform gesehen werden. Diese darf nicht auf Verbandsgemeinden beschränkt bleiben. Er fordert, eine Neuordnung von den Aufgaben her zu strukturieren, nicht nach Kirchtürmen.

An die Verwaltung richtet er die Forderung, statt der bloßen Fortschreibung der Ansätze endlich die Rechnungsergebnisse als Planungsgrundlage zu verwenden. Inhaltlich stellt er fest, dass die Ausgabenblöcke Personalkosten und Sozialausgaben bereits höher sind als die zu erwartenden Steuereinnahmen, obwohl diese noch nie so hoch waren. Er kritisiert die Abschöpfung der Gewerbesteuerergebnisse bei gleichzeitiger Senkung der Schlüsselzuweisungen durch das Land scharf.

Die CDU steht hinter der Personalmehrung für die Kinderbetreuung. Große Bereiche der Verwaltung sind bereits hoch mit Arbeit belastet, daher richtet er den Appell an die MitarbeiterInnen der Stadt, sich einzubringen und Einsparungspotenziale einzuarbeiten.

Trotz der Unterstützung der Leistungen für Bedürftige durch die CDU heißt soziale Verantwortung aber auch sorgfältiger Umgang mit öffentlichen Geldern. Deshalb muss die Verwaltung prüfen können, ob Ansprüche auch wirklich bestehen. Dazu gehört ein funktionierendes Controlling; die CDU begrüßt die Einrichtung einer echten Controlling-Stelle.

In diesem Zusammenhang stellt er folgende Anträge:

**Antrag:** Bis Mitte 2013 Vorlage eines Berichtes über die Ergebnisse der Controlling-Stelle im Haupt- und Stiftungsausschuss.

**Antrag:** Einholung von Angeboten für die Einführung eines Benchmarkings, um anhand bestimmter erbrachter Leistungen einen Wirtschaftlichkeitsvergleich mit anderen Städten durchführen zu können.

**Antrag:** Sondierung mit den kreisfreien Städten in der Vorderpfalz über die Einrichtung einer gemeinsamen kommunalen Einrichtung der Erziehungshilfe, sofern dies wirtschaftlicher ist als eine Vergabe an Dritte, wo jeweils erhebliche Overhead-Kosten eingerechnet werden.

Als weitere wichtige Bereiche der Kommunalpolitik thematisiert er die Wohnraumförderung im Stadtgebiet, wie z.B. auf dem Erlus-Gelände und die bevorstehende Konversion militärischer Gelände sowie die Ehrenamtsförderung. Hierzu stellt er den

**Antrag:** Vorlage eines Berichtes der *spefa* Ehrenamtsbörse an den Stadtrat

Bezüglich des Jubiläums 20 Jahre Seniorenförderung/-büro stellt er den

**Antrag:** Das Seniorenbüro herrichten und energetisch aufwerten.

Darüber hinaus stellt die CDU-Fraktion den

**Antrag:** Ein Prioritätenprogramm "Straßenbaumaßnahmen" jährlich dem Stadtrat vorlegen.

Weitere Themen der Haushaltsrede sind die Zukunft der städtischen Gesellschaften und die Energiewende "Speyer 100 % regenerativ". Er richtet dabei den Appell an die BürgerInnen zum Verbleib bei den SWS GmbH zur Unterstützung dieses ehrgeizigen Ziels.

Die politische Zusammenarbeit in der KEF-Arbeitsgruppe bezeichnet er als hervorragend, verbunden mit der Hoffnung, diesen Stil im Umgang miteinander weiterzuführen.

Die CDU stimmt dem Haushaltsentwurf 2013 zu.

### **Haushaltsrede SPD – Walter Feiniler**

Herr Feiniler leitet seine Haushaltsrede mit einem bekannten Zitat von Willy Brandt ein, wonach man sich auf die eigene Kraft besinnen soll, wenn Gutes getan werden soll. Herr Feiniler definiert auf dieser Basis die sozialdemokratischen Grundsätze für die sich die Speyerer SPD einsetzen wird: Solidität, Solidarität und soziale Verantwortung.

Er konstatiert schwerwiegende Zukunftsprobleme, die durch die Finanzlage noch schärfer werden. Ein Defizit von "nur" noch 19,9 Mio. € ist wahrlich nicht vergnügungssteuerpflichtig. Er warnt davor, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer jederzeit wegbrechen können. Mit Blick auf die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters fordert er, dieser sollte den Rat an seinen Visionen schon früher teilhaben lassen. Die SPD sieht keinen Spielraum für Experimente und Prestigeprojekte in einer Zeit, in der überall die "Krise" beschworen wird.

Die Kommunen sollten an der Basis eine solide Haushaltspolitik betreiben. Dabei behindern die Sozialausgaben zunehmend anstehende Investitionen. Bund und Land müssen sich klar werden, dass ein funktionierender Staat nur mit gesunden Gemeinden möglich ist. Aus seiner Sicht ist der KEF nicht geeignet, die Schuldenlast dauerhaft zu lösen. Dabei verweist er auf die überraschend schnelle Einigung in der KEF-Arbeitsgruppe auf 1,9 Mio. € Konsolidierung, die man schon viele Jahre vorher finden hätte können, wenn man auf das eine oder andere Prestigeprojekt verzichtet hätte und nicht "weiter-so"-Politik betrieben hätte. Er verweist dabei

/ 3

auf einen früheren ödp-Antrag zur Bildung eines Konsolidierungsgremiums, der nie umgesetzt wurde.

Die SPD hält eine Anhebung der Gewerbesteuer auf den Landesdurchschnittswert von 407 % für sinnvoll; alle müssen ihren Anteil am KEF tragen. Ferner ist ein bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung der 3-6jährigen notwendig; dazu braucht man aber kein Betreuungsgeld. Die Union hängt damit einem Familienbild der 50er Jahre nach.

Ein weiteres Ziel muss sein, eine kommunale Bildungslandschaft zu schaffen. Funktionsfähige Schulen brauchen aber auch funktionsfähige Schulgebäude. Er verweist in diesem Zusammenhang auf desaströse Zustände der Sanitäreinrichtungen an der Siedlungsschule. Zudem ist eine Aufweitung der Schulsozialarbeit auf Grundschulen notwendig, er richtet in diesem Zusammenhang einen Appell an die Landesregierung und die Schuldezernentin.

Zukunftsfähigkeit heißt, eine fußgängerfreundliche Stadt zu schaffen. Dazu gehört ein schlüssiges Verkehrskonzept für die Speyerer Schulen, auch gegen den wilden Parkbetrieb dort. Ein entsprechender SPD-Antrag ist seit 2010 nicht umgesetzt.

Er fordert weiter, ein ungeschöntes Bild der sozialen Lage in dieser Stadt zu zeichnen. Jedes 6. Kind in Speyer ist von Armut bedroht. Eine kontinuierliche Fortschreibung eines Armuts- und Reichtums-Berichtes ist erforderlich. Kritisiert wird bei der Sportförderung die einseitige KEF-Mittelkürzung für Vereine mit eigenen Anlagen, die kaum mehr die Energiekosten tragen können-

Die Kulturstadt Speyer sollte Kulturförderung durch die Auslobung eines Nachwuchspreises als Anreiz für junge Künstler betreiben. Außerdem könnte Sponsoring eingeworben werden, um einer breiten Schicht einen Zugang zur Kultur zu ermöglichen. Unter Applaus der Anwesenden lobt er die ehrenamtliche Arbeit der Speyerer Tafel.

Zur gestalterischen Stadtentwicklung fordert die SPD ein Tourismuskonzept, damit es nicht zu einer Überflutung mit Tagestouristen wie in der berüchtigten Drosselgasse kommt. Die Tourist-Info ist nach seiner Ansicht nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Die Stadtteilfeörderung braucht mutige Entwicklungsperspektiven über das Projekt Soziale Stadt hinaus. Er nennt dabei die Stadtteile Nord, West, Neuland, Vogelgesang und fordert mehr öffentliche Flächen in den Quartieren.

Bezüglich der Wirtschaftsförderung scheint sich ein Paradigmenwechsel zum Amtsvorgänger abzuzeichnen. Für die SPD ist die Ansiedlung mittelständischer Unternehmen und die Nahversorgung in den Quartieren besonders wichtig. Kritisiert wird der Arbeitsplatzabbau bei Elopak verbunden mit der Frage, wo da die Stadt war.

Für die Wohnraumentwicklung muss bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt werden. Die SPD sieht die Konversion als große Chance für junge Familien in Speyer; dabei muss die Stadt von Anfang an eingebunden sein. Eine ausgewogene Mischung ist städtebaulich geboten. Eine Ghettobildung durch flächigen sozialen Wohnungsbau wird abgelehnt. Daneben begrüßt die SPD eine schonende Freizeitnutzung des Militärgeländes im Reffenthal. Abschließend fordert Herr Feiniler die gestalterische Überplanung von verschiedenen Plätzen und Bereichen im Stadtgebiet, soweit die Finanzmittel das zulassen.

Die SPD stimmt dem Haushalt zu; Ausnahmen: Flugplatz und (aus Finanzgründen) S-Bahn-Halt Süd. Er schließt seine Haushaltrede mit dem Hinweis auf das Paulus-Zitat am Jakobspilger auf dem Geschirrpflätzel: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“.

## Haushaltsrede SWG – Martin Roßkopf:

Herr Roßkopf thematisiert die Aufstellung eines Haushalts in schwierigen Zeiten und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass künftig ein gemeinsamer Weg überparteilich für einen funktionierenden Haushalt gegangen werden kann.

Mit Blick auf die finanzielle Schieflage der Städte erinnert er daran, dass der rheinland-pfälzische Verfassungsgerichtshof eine Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs verfügt hat, gleichzeitig aber auch die Kommunen zu eigenen Anstrengungen auffordert.

Die Teilnahme am KEF ist ein erster kleiner Schritt in dieser Richtung. Er thematisiert weiterhin die erwarteten Mittelzuweisungen für die Grundsicherung durch den Bund, die nicht vom Land abgezweigt werden dürfen. Zur Aussichtslosigkeit der Schuldenlage führt er aus, dass sich die Defizite allein aus 2011 und 2012 auf rund 50 Mio. € belaufen, was der Summe entspricht, die durch den KEF in 10 Jahren eingespart werden soll.

Bildung und Tourismus sind für die SWG ebenfalls wichtige Themen der Kommunalpolitik.

Kritisch merkt er an, dass in Aussicht gestellte Zuschüsse von Bund und Land nicht automatisch bedeuten dürfen, Projekte umzusetzen, wie man sich eigentlich gar nicht leisten kann, z.B. der S-Bahn-Halt Süd. Hier stehen für die SWG zudem immer noch ungeklärte Fragen zum Individualverkehr und zum Bahnübergang Schützenstraße im Raum. Auch die Aufweitung des Woogbachtals ist ein solches Beispiel, das ein Resultat der Finanzierungspraxis des Landes über eine Mischfinanzierung ist. Die tatsächliche Verbesserung der Wasserqualität wird bezweifelt. Nicht alles was von oben gefördert wird, ist auch sinnvoll bzw. ist Luxus. Dabei lässt er das Argument, dann würde halt ein anderer den Zuschuss nehmen, nicht gelten.

Auch die Fusion der Sparkassen ist ein haushaltsrelevantes Thema. Prognosen sind derzeit noch schwierig, sowohl auf Seite der Befürworter wie der Gegner; dass es Gewinner und Verlierer geben wird, kann jedoch vermutet werden. Die Verhandlungen müssen nicht nur im Interesse der Bank sondern auch im Sinne der Stadt geführt werden; der Stadtrat darf dabei nicht außen vor bleiben. Er erinnert an die zahlreichen Förderungsmaßnahmen durch die lokale Sparkasse und hinterfragt das Gewicht im zukünftigen Kreditausschuss sowie die Zerlegung der Gewerbesteueranteile. Er erwartet dabei auf Jahre Mindereinnahmen für den Haushalt, daher kommt die Fusionsdiskussion für ihn zur Unzeit.

Hinsichtlich der Einführung eines Doppelhaushaltes (Antrag SWG 2011) stellt er den

**Antrag:** Diesen Punkt auf die erste Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses des kommenden Jahres setzen.

Die Konversion der militärischen Flächen bietet, bei allem Bedauern über den Auszug der Bundeswehr, eine Chance für die Entwicklung des städtischen Bereiches. Die Stadt sollte dabei vorrangig selbst ein städtebauliches Konzept entwickeln, bevor es wieder Investoren tun.

Die SWG wird dem Haushaltsentwurf 2013 zustimmen.

## Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen – Johannes Jaberg:

Herr Jaberg leitet seine Haushaltsrede mit einem Hinweis auf die Aufführung eines Märchens im Alten Stadtsaal vergangene Woche ein. Die Realität hat inzwischen das Märchen erreicht und man möchte zurück in die Zeit, in der ganz arg Wünschen noch geholfen hat. Im wirklichen Leben wäre die Stadt dieses Jahr Pleite gegangen, da sie kein Eigenkapital mehr hat.

Der so genannte KEF wird nicht wirklich zur Entschuldung beitragen können. Alleine der Sozialhaushalt weist ein Defizit von 45 Mio. € aus. Die Finanzlage der Stadt hat strukturelle Gründe und ist nicht einer schlechten Haushaltsführung geschuldet. Aus seiner Sicht muss das Konnexitätsprinzip endlich flächendeckend durchgesetzt werden.

Auch der Rechnungshofbericht zeigt keine Bereiche auf, in denen wirkliche Einsparpotenziale erkennbar wären. Der Vorschlag zur Privatisierung der Reinigungsleistungen im öffentlichen Bereich ist ein typischer Fall des Gender Budgeting, denn er trifft überwiegend Frauen mit geringen Einkommen und würde diesem Kreis nochmals weitere Einschränkungen abfordern. Dies ist mit den Grünen nicht zu machen.

Er hebt die Interkulturelle Woche 2012 hervor, die vom Bündnis für Demokratie und Zivilcourage, dem Beirat für Migration und Integration, Schulen und Kirchen getragen wurde. Speyer ist eine Stadt der Religionen, eine Stadt der Nachhaltigkeit (Klimaschutzleitlinie, Fair Trade) und eine Kulturstadt. Diese Erkenntnis schlägt sich auch in den Besucherzahlen nieder.

Klimaschutz fordert aus Sicht der Grünen die maximale Ausbaustufe des ÖPNV bei der Ausschreibung 2013, auch wenn dies Geld kostet. Dabei müssen die Fahrpreise sinken, nicht steigen. Der Shuttlebus beweist, dass niedrige Preise den Zuschussbedarf senken. Parallel muss der Individualverkehr in der Innenstadt reduziert werden, damit die Postgalerie als Scharnier zur Innenstadt funktionieren kann; er sieht den Postplatz als shared-space-Platz.

Grün steht auch für den Bau des S-Bahn-Haltes Süd mit der Unterföhrungslösung, die für Fußgänger Vorteile, auch in der Verkehrssicherheit, mit sich bringt.

Er sieht die Grünen - früher belächelt - heute als in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Weiterhin ist auch Sozialgerechtigkeit eine wichtige Aufgabe. Dabei geht es nicht darum, kurzfristige Lösungen zu finden sondern Menschen nachhaltig in Erwerb und Lohn zu bringen. Es bedarf eines Armuts- und Reichtums-Berichtes. Außerdem muss der soziale Wohnungsbau stärker betont werden. Dazu muss die GEWO ins Boot, auch wenn sie das "gemeinnützig" nicht mehr im Namen führen darf. Die Kurpfalzkasernen als Wohnquartier sehen die Grünen unter Beachtung der demografischen Entwicklung eher skeptisch. Außerdem fehlt immer noch ein Jugendraum in der Innenstadt.

Der Stadtvorstand gibt nach außen kein Bild ab, das noch eine Richtung erkennen lässt und ist immer mehr auf Stimmen aus der Opposition angewiesen. Herr Jaberg zieht dabei wieder einen Vergleich zur Märchenwelt, wo sich wie im "Aschenputtel" die Stiefschwestern im Stadtrat die guten Pöstchen unter den Nagel gerissen haben, während die Opposition als Aschenputtel ihre Stimme abzugeben hat, wenn es mal klemmt.

Die Grünen stimmen dem Haushalt 2013 zu.

## Haushaltsrede BGS – Claus Ableiter

Die Zuhörer werden nach Ansicht von Herrn Ableiter nun die erste Haushaltsrede der Opposition hören, wobei die BGS dem Haushalt durchaus ihre Zustimmung zu Aufgaben der Bildung und der Kinderbetreuung geben kann.

Neben den bereits genannten strukturellen Defiziten tragen der Stadtvorstand und die ihn tragenden Fraktionen den größten Verdienst für den Niedergang der städtischen Finanzen. Durch sie wurden in der jüngeren Vergangenheit die bereits kritisierten Landesdefizite sogar noch weiter gefördert. Als Beispiel nennt er die Maxxtickets für auswärtige Schüler und verweist auf Bestrebungen des Doppelgymnasiums, noch mehr auswärtige Schüler anzuwerben; und die Stadt zahlt dann anschließend für deren Beförderung.

Ein weiteres Beispiel für die Ruinierung des Haushaltes sind die Kosten für den Busverkehr, für den bisher nichts gezahlt wurde, weil eine ursprünglich ruinöse Entscheidung des Stadtvorstandes gerichtlich gekippt wurde. Künftig werden geschätzte 900.000 € jährlich dafür notwendig - ohne Anbindung des Cura-Centers. Diese hält er für nicht notwendig; es kann nicht angehen, dass Ärzte und Apotheker billig an den Stadtrand bauen und dann erwarten, dass der Steuerzahler eine ÖPVN-Anbindung bezahlt.

Er zitiert aus dem Rechnungshofbericht wonach die Auslastung des P+R-Parkhauses am Bahnhof bei gerade mal 12,7 % Auslastung liegt. Hier wurde Geld des Steuerzahlers erfolgreich versenkt, weil ein bestehendes Gutachten nicht beachtet wurde. Dies bezeichnet er als dümmste Entscheidung in ganz RLP.

Weiterhin erklärte der Rechnungshof die Zuschussförderung für das Bademaxx als unzulässig und moniert eklatante Vergabeverstöße. Nachträgliche Änderungen der Leistungen vor Auftragsvergabe führten zu einer Veränderung der Bieterreihenfolge. Die Möglichkeit einer kostengünstigen Sanierung wie in andern Bädern wurde in Speyer abgelehnt.

Die Kommunalaufsicht beanstandet den Beschluss des Stadtrates zum Haushalt 2012, hierzu zitiert er ausführlich aus dem entsprechenden Schreiben der ADD Trier. Gezahlt wurden über Jahre nur die Investitionskredite, während die tatsächliche Finanzierung über Liquiditätskredite erfolgte. Daher resultierte der statistisch niedrige Verschuldungsgrad. Dies stellt nach seiner Auffassung eine hochgradige Verschleierungspolitik und grob rechtswidrige Handlung dar.

Einen verheerenderen Verriss über die kommunale Finanzpolitik habe er bislang noch nicht gelesen. Er hofft, dass die Ratsmitglieder ihre Konsequenzen daraus ziehen. Die BGS wird dem Haushaltsentwurf 2013 die Zustimmung verweigern, auch wegen der Umgestaltung des St.-Guido-Stifts-Platzes. Wie mit dem Erlus-Gelände umgegangen werde, zeigt für ihn, wo die Schwerpunkte gesetzt werden, 130.000 € für einen städtebaulichen Wettbewerb eines privaten Investors auszugeben, der eigentlich auf die Planungszustimmung der Stadt angewiesen ist, verbunden mit der Übernahme der Straßenbaumaßnahmen, sind nach seiner Ansicht nicht tragbar. Er verweist im Gegenzug auf die Zustimmung zum S-Bahn-Halt Süd und zum Woogbachtal, bei der die Stimmen der BGS ausschlaggebend waren.

Die BGS steht für die Ablehnung einer Sparkassenfusion. Die Speyerer Sparkasse hat seit Jahren solide Ergebnisse abgeliefert. Je größer die Einheit wird, umso undurchsichtigere Entscheidungen treffen nach seiner Auffassung die Manager an der Spitze. Es besteht keine Notwendigkeit für eine Zusammenlegung.

Einsparungen erkennt er im Haushalt nur minimal, vielmehr brutale Kürzungen bei einzelnen Vereinen und beim Frauenhaus sowie Einnahmemehrungen durch brutale Erhöhungen bei Parkgebühren und Friedhofsgebühren. Es handelt sich um eine Konsolidierungsmaßnahme auf Kosten der Bürger.

In Speyer liegt die Gewerbesteuer immer noch unter dem Landesdurchschnitt. Auch Grundsteuer A ist erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. 500.000 € lässt die Stadt jährlich damit liegen. Wer schöne Kultur haben will, muss auch die entsprechenden Steuern erheben. Aber es wurden jahrelang Schulden mit dieser unterfinanzierten Kulturpolitik aufgehäuft. Er erläutert die Unterschiede zwischen dem amerikanischen und dem skandinavischen Weg der Einnahme- und Ausgabenpolitik; die Stadt müsse sich entscheiden, was sie wolle. Insgesamt attestiert er eine hochgradig unehrliche Haushaltspolitik.

### **Haushaltsrede FDP - Dr. Heinz-Dieter Jakumeit**

Herr Dr. Jakumeit konstatiert, dass seit 20 Jahren kein ausgeglichener Haushalt mehr vorliegt und die Entwicklung der Kassenkredite besorgniserregend sei.

Als Beispiele für die kommunale Erfüllung von übertragenen Aufgaben durch Bund und Land – ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich – nennt er u.a.:

- Grundsicherung im Alter - 3 Mio. € p.a. - Übernahme erst in den nächsten Jahre
- Grundsicherung bei Erwerbsminderung - Übernahme nicht in Sicht
- Fahrkosten Schüler - mehrere 100.000 € Belastung für den Schulträger
- Schulbuchausleihe - Landeserstattung nur 60 %
- KiTa-Ausbau - zugesagte Drittelbeteiligung des Landes fehlt.

Diese Positionen alleine machen zusammen fast 15 % des Haushaltsvolumens oder 20 Mio. €, bzw. die Defizitquote aus.

Er prophezeit, dass bis zum Ende des KEF rund 100 Mio. € Schulden abgebaut und gleichzeitig ein bis zu 300 Mio. € hoher neuer Schuldenberg entstehen wird (unter optimalen Bedingungen).

Hierzu regt er die Einrichtung einer Arbeitsgruppe des Deutschen Städtetages unter der Überschrift "Grundsicherung der deutschen Städte" vor, da es sich um existenzielle Probleme der Kommunen handelt. Er sieht die Städte im Wechselspiel des Föderalismus als die klaren Verlierer. Während Freiburg (B.W.) pro Einwohner 630 € Schlüsselzuweisung vom Land erhält, sind es in Speyer (RLP) gerade mal 220-230 €. Die Tatsache, dass Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer durch Gewerbesteuerumlage von Bund und Land wieder abgeschöpft werden, bezeichnet er als unglaublichen Vorgang. Speyer sitzt in einer ausweglosen Finanzdoppelfalle.

Als Licht im Schatten des Schuldenberges der kommunalen Finanzen sieht er die Zusammenarbeit in der überparteilichen Arbeitsgruppe zum KEF. Die beschlossenen Gebührenerhöhungen und Ausgabenkürzungen führten nicht zu einem Zusammenbruch des Gesamtsystems.

Unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung hat sich die FDP bei allen wichtigen Investitionsentscheidungen klar im Sinne der Rathauskoalition positioniert (Kernstadt-Nord, Woogbach, S-Bahn-Halt). Er appelliert aber an eine gemeinsame Arbeit in der Entscheidungsfindung zum Wohle der Stadt, z.B. auch in der Verkehrsentwicklung und dem ÖPNV.

Besonderen Stellenwert räumt er auch den Themen Integration und Ehrenamt ein. Er bedauert das Ausscheiden aus dem Programm Lernen vor Ort und unterstreicht die Bedeutung der Ehrenamtsagentur *spefa*.

Das Ganztagsangebot an den Schulen sollte auch auf Gymnasien ausgedehnt werden. Zur Ganztagsbetreuung gehört auch ein ordentliches Ernährungsangebot, das man nicht den Nahrungsmittelketten überlassen sollte.

Er schließt seine Haushaltsrede mit einem abgewandelten Zitat Friedrichs des Großen. Die FDP-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

### **Haushaltsrede Die Republikaner – Alois Röbosch**

Herr Röbosch zitiert eingangs aus der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters, der von einer weiteren Verschlechterung der Lage ausgeht, welche nicht mehr mit dem Parteibuch gehandhabt werden kann.

Er kritisiert, dass an sich gute Anträge aus parteitaktischen Gründen nur mit Einschränkungen umgesetzt werden können. Für ihn ist es Zeit, den Fraktionszwang beiseite zu schieben.

Laut Pressemitteilungen sprudeln die Steuereinnahmen bei Bund und Ländern; er fragt sich, warum in Speyer nichts davon ankommt. Ebenso sei die Arbeitslosenzahl niedrig wie lange nicht. Dies liegt jedoch seiner Ansicht nach daran, dass die Menschen nach 1 Jahr Erwerbslosigkeit nicht mehr als arbeitslos geführt werden. Er kritisiert Fehlentscheidungen des Jobcenters bei der Vermittlung von Erwerbssuchenden ebenso wie die Tatsache, dass eine KiTa in Speyer-West von ungarischen Arbeitern gebaut wird, während der arbeitslose Speyerer zuguckt; er fragt sich, welche Motivation das nach sich zieht.

Seine Kritik richtet sich darauf, dass im Vergabeverfahren an deutsche Firmen vergeben wird, die dann ausländische Subunternehmer einsetzen. Es sollte der Auftrag zur Prüfung erteilt werden, ob eine legale Möglichkeit besteht, Aufträge so splitten zu können, dass die Aufträge in der Region bleiben.

Er befürwortet regenerative Energien, lehnt aber eine 100 %ige und sofortige Umsetzung ab, weil diese für die Bürger nicht finanzierbar ist.

Die Republikaner stimmen dem Haushalt zu, da es dazu keine erkennbare Alternative gibt.

### **Haushaltsrede Die Linke – Wolfgang Förster**

Auch Herr Förster stellt zu Beginn seiner Haushaltsrede fest, dass der Landesrechnungshof den Kommunen attestiert, seit nunmehr 22 Jahren keine ausgeglichenen Haushalte mehr zu haben. Den Grund erkennt er im Auseinanderklaffen zwischen steigender wirtschaftlicher Wertschöpfung und deren sinkendem Anteil zur Bestreitung des Allgemeinwohls.

Er übt ausführliche Kritik an der Bundes- und Landespolitik, die seines Erachtens dafür verantwortlich ist, dass immer mehr Menschen in diesem an sich reichen Land ihren Lebensunterhalt aus Sozialkassen bestreiten oder aufstocken müssen, beginnend bei den Erwerbslosen über Geringverdiener bis hin zu den Rentnern.



Die Forderungen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder zur Übertragbarkeit von Mitteln für Eingliederungsmaßnahmen hat die Bundesregierung bis heute nicht aufgegriffen. Auch der Fortbestand des Caritas-Warenkorbes droht wegen des Kompetenzengerangs zwischen Bund, Land und Caritas zu scheitern.

Er erinnert an die Reichsprivilegien, die Speyer von 901 Jahren als erster Stadt eine Art kommunaler Selbstverwaltung einräumte, einhergehend mit einer schrittweisen Entmachtung der bis dahin allmächtigen Kirche, und hinterfragt, ob man sich nicht dieser Privilegien erinnern sollte und Bund und Land die Gefolgschaft verweigern, solange diese die Konnexität missachten, bzw. die verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltung einklagen.

Er setzt sich kritisch mit den Ausführungen zu den Steigerungen der Personalkosten auseinander und hinterfragt deren Aussagekraft im Verhältnis zu den erbrachten Leistungen. Ebenso kritisiert er den Wegfall der vom Rechnungshof beanstandeten Werkleiterstelle. Kritik an den eigenen Lohnkosten und der gleichzeitigen Steigerung der Sozialausgaben (durch Geringverdiener) sei unredlich. Zudem stellt er einen Zusammenhang zur Diskussion um Mindestlöhne her.

Der Wohnungsbau in Speyer muss sich stärker an den Bedürfnissen von weniger Betuchten als an den Ansprüchen von Privatinvestoren orientieren; dies muss über die Baugesellschaften/-genossenschaften erfolgen. Die Streichungen im Rahmen des KEF sind aus Sicht der Linken asozial, weil sie ausschließlich die Leute mit geringeren Einkommen treffen.

Abschließend zitiert er Aurelius Augustinus; dieser bezeichnet Staaten als nichts anderes als große Räuberbanden, wenn es in ihnen keine Gerechtigkeit gibt.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Haushaltsentwurf 2013 mehrheitlich zu (bei 4 Gegenstimmen - BGS-Fraktion (3), Die Linke (1)).

*Protokollnotiz: Die SPD-Stadtratsfraktion lehnt die Teile des Haushaltes ab, die den Verkehrslandeplatz Speyer und den S-Bahn-Halt Süd betreffen.*

**Gegenstand: Einrichtung einer Arbeitsgruppe Konversion;  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.09.2012  
Vorlage: 0878/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist zu dem vom 20.09. vertagten Punkt einleitend darauf hin, dass Herr Hinderberger diesen dahingehend konkretisiert hatte, dass es sich um die Einrichtung eines echten Ausschusses der Stadt für die Zeit der Konversion handeln soll. Ein erstes Konversationsgespräch hat am 11.12.2012 stattgefunden, welches auch gut besucht war. Allerdings berichten etliche Ratsmitglieder, keine Einladung dazu erhalten zu haben.

Aus seiner Sicht ist derzeit wenig Konkretes vorhanden für die Arbeit eines Ausschusses, so dass er persönlich keine Notwendigkeit sieht, ein solches Gremium heute schon zu installieren.

Herr Hinderberger hingegen ist der Ansicht, dass ein solcher Ausschuss zwar eingerichtet werden kann, aber nicht unmittelbar tagen muss, sondern erst dann, wenn es konkreten Beratungsbedarf gibt. Der SPD geht es primär um eine weitgehende Teilnahme aller interessierten Bereiche.

Herr C. Ableiter unterstützt für die BGS den Antrag der SPD-Fraktion.  
Herr Jaberg fragt nochmals nach, ob nun ein Ausschuss oder eher eine Arbeitsgruppe seitens der SPD gemeint ist.

Herr Feiniler beantragt die Abstimmung über die Einrichtung dieses Ausschusses.

Nach Auffassung des Vorsitzenden gibt es keinen Widerspruch der Verwaltung dazu, allerdings hat dieser Ausschuss dann momentan noch keine Arbeitsgrundlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion einstimmig, für die Zeit der Konversion der zukünftig freiwerdenden Bundeswehrflächen einen Ausschuss für Konversion zu bilden.

**Gegenstand: Verkehrskonzept Postplatz;  
Anfrage der SWG-Stadtratsfraktion vom 22.11.2012  
Vorlage: 0961/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

**Zu Frage 1: Zu welchem Ergebnis hat die Prüfung der Verwaltung geführt?**

Im Zuge der Verkehrsentwicklungsplanung, des Stadtumbauprozesses Kernstadt-Nord sowie im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Ausschreibung und Vergabe des Buslinienverkehrs 2013 erfolgte eine ausführliche Abstimmung und Diskussion über eine mögliche Umgestaltung des Postplatzes, die zu folgendem Ergebnis gekommen ist.

Der Postplatz soll und muss als ein wichtiger ÖPNV-Verknüpfungspunkt beibehalten werden. Alternativstandorte hierzu gibt es nicht. Daher ist eine komplette Überplanung des Platzes im Sinne von einer Neuordnung der bestehenden Verkehrsflächen bzw. Flächennutzungen, die die Bus-Rendezvous-Funktion des Platzes in Frage stellen würden, nicht möglich. Es können lediglich gestalterische Optimierungen erfolgen, wie z.B. die Anlage eines Spielpunktes, die Integration von Fahrradabstellflächen oder generelle Begrünungsmaßnahmen beispielsweise im Zusammenhang mit einem Gastronomiefreisitz. Ebenso kann über die Bodenbeläge diskutiert werden, da es ein Ziel ist, den Lärm-Hot-Spot an dieser Stelle weitestgehend zu beseitigen. Gegebenenfalls werden mit der Vergabe der Buskonzession und möglichen neuen Busflotten auch technische Anpassungen (z.B. Höhe Bussteig) erforderlich.

Daher wurde die „gestalterische und verkehrsplanerische Optimierung des Postplatzes“ als eine Maßnahme im Entwurf zum Stadtumbaukonzept „Kernstadt-Nord“ aufgenommen. In Abwägung mit anderen Handlungserfordernissen wird diese Optimierung als eine Maßnahme der 3. Priorität (von insgesamt 3 Stufen) angesetzt. In der derzeitigen Kosten- und Finanzierungsübersicht ist eine Realisierung frühestens 2022 vorgesehen. Höhere Prioritäten haben eindeutig derzeit „vernachlässigte“ Bereiche im öffentlichen Raum. Hierzu zählen die Umgestaltung der Großen Himmelsgasse / Armbruststraße / Johannesstraße, der Löffelgassenparkplatz, der Vorplatz Adenauerpark im Zusammenhang mit dem Bereich des ehemaligen Güterbahnhofes oder das Begrünungsprogramm 100 Bäume für die Stadt. Diese Priorisierung wurde mit dem Fördermittelgeber abgesprochen, dem eine andere, frühere Einordnung einer Postplatzumgestaltung in das Gesamtprojekt nicht zu vermitteln war, da es sich hier nicht um einen Stadtraum mit gestalterischen oder funktionalen Mängeln handelt und zudem bereits Städtebaufördermittel im Zusammenhang mit der Umgestaltung Maximilianstraße investiert wurden. Auch aus den durchgeführten Beteiligungsprozessen kam weder aus der Bürgerschaft noch von den beteiligten Einzelhändlern die dringende Forderung nach einer zeitnahen Umgestaltung.

Das Stadtumbaukonzept ist derzeit in der Endabstimmung und kurz vor Fertigstellung. Es ist vorgesehen, in einer der ersten Sitzungen im neuen Jahr das Konzept den städtischen Gremien zum Beschluss vorzulegen. Eine Diskussion über Umsetzungsprioritäten kann ggfs. dann erfolgen.

Eine „Vorwegnahme“ der Planung Postplatz und Herauslösung aus dem Stadtumbauprozess ist nach wie vor aus Sicht der Verwaltung nicht sinnvoll, da dadurch mögliche Städtebau-Fördermittel des Landes nicht genutzt werden können und die Maßnahme vollständig aus dem städtischen Haushalt finanziert werden müsste.

### **Zu Frage 2: Welche Ziele werden Seitens der Stadtentwicklung mit dem Postplatz nach der Eröffnung der Postgalerie verbunden?**

- Beibehaltung des Bus-Rendezvous-Platzes, Verknüpfungspunkt Regional- und Stadtbusverkehr (Anmerkung: Diese Frequenz bringende ÖPNV-Funktion wird seitens der Postgalerie ausdrücklich gewünscht.)
- Verkehrsplanerische Optimierungen in Bezug auf Bussteighöhen und Einfahrradien sofern hierzu ein Erfordernis besteht im Rahmen der Finanzierbarkeit.
- Hot-Spot-Postplatz (Bahnhofstr./Gilgenstraße) durch lärmindernde Beläge beseitigen bzw. Emissionswerte senken.
- Beibehaltung eines attraktiven „Vorplatzes zur Postgalerie“ und eines „westlichen Auftaktes zur Maximilianstraße“, auch als Bindeglied zur Gilgenstraße/Bahnhofstraße, jetzige Gestaltung wird nach wie vor als gut, hochwertig und keinesfalls mangelhaft angesehen,
- daher lediglich Optimierungen sinnvoll, wie Begrünung, Anordnung eines Spielpunktes, Freisitzgestaltung, Fahrradabstellflächen (laufender Betrieb Postgalerie abwarten)
- Gestalterische Abstimmung mit weiteren Maßnahmen des Stadtumbauprozesses und mit Gestaltungsleitbild zur Maximilianstraße erforderlich, kein isoliertes Einzelprojekt
- Ermöglichung von urbanen Nutzungen im Zusammenhang mit der Postgalerie (z.B. Weihnachtsmarkt, sonstige Events)

### **Zu Frage 3:**

#### **a) Stellt der ZOB eine Alternative zum Postplatz dar?**

Nein. Dies wurde bereits in den beiden Sitzungen des politischen Arbeitskreises deutlich formuliert und auch festgestellt. Der ZOB als Vernetzungspunkt zwischen Stadtbus-, Regionalbus- und S-Bahn-Verkehr, braucht eine zweite „Drehscheibe“ zur Sicherstellung der Umsteigebeziehungen und damit auch der Gewährleistung der Qualitätsstandards im ÖPNV.

#### **b) Wurde dies mit den Verkehrsplanern des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar diskutiert?**

Ja, in mehreren Sitzungen und auch in der Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklungsplanung (AG VEP).

#### **c) Wenn ja , mit welchem Ergebnis?**

Der Postplatz ist im zukünftigen ÖPNV-Netz nicht als Endhaltestelle vorgesehen.

Insgesamt wird die Anzahl der Busfahrten jedoch reduziert.

Heutige Nutzungsfrequenz pro Stunde:

Linie 561 2x

Linie 563 4x

Linie 564 4x

Linie 565 12x

Linie 578 2x (mit planmäßiger Wende)

Damit insgesamt 24 Busfahrten.

In der künftigen Planung ergibt sich im Grundangebot folgendes Bild:

Linie 562 4x

Linie 563 4x

Linie 564 4x

Linie 565 4x

Linie 568 2x (ohne planmäßige Wende)

Insgesamt also 18 Busabfahrten.

Durch die Konzeption wird die Quantität der Fahrten am Postplatz insgesamt reduziert. Zudem erfolgt planmäßig zukünftig keine Wendefahrt mehr. Selbst bei Bestellung des Optionalen Baustein "Shuttle-Verdichtung" werden maximal 22 Busabfahrten pro Stunde am Postplatz zu verzeichnen sein.

Um diese Reduzierung jedoch wirksam und ohne Nachteil für den Fahrgast umzusetzen, ist es unabdingbarer Bestandteil, dass der Postplatz fahrplantechnisch zu einem echten Verknüpfungspunkt aufgewertet wird. Es müssen Umsteigebeziehungen ermöglicht werden, in dem jeweils alle 15 Minuten an allen (4) Haltestellen jeweils ein Bus hält und diese müssen so lange warten, dass die Fahrgäste die Chance haben, zwischen den Bussen umzusteigen.

Nach Einschätzung Verwaltung und des VRN ist dies sehr verträglich mit der weiteren Nutzung des Postplatzes. Dadurch, dass nicht ständig irgendein Bus fährt, sondern sich die Nutzung des Postplatzes durch den ÖPNV im Wesentlichen auf 8 von 60 Minuten pro Stunde konzentriert, trägt die neue Konzeption mit Rendezvous einzelner Linien aus Sicht des VRN positiv zu den übergeordneten Zielen für den Postplatz bei.

**Optional** bestünde aufgrund dieser Stadtbuskonzeption nun die Möglichkeit – es werden keine Wendefahrten mehr auf dem Postplatz erforderlich – den Platzcharakter in Richtung Postgalerie auszudehnen und auf der südlichen Seite (Deutsche Bank) die Gesamtfahrbahn einschließlich gegenläufigen Bushaltestellen einzurichten. Diese Umbaumaßnahme würde wohl zu Lasten des städtischen Haushaltes finanziert werden müssen. Aus diesem Grunde ist die Gesamtmaßnahme im Kontext des Stadtumbauprozesses zu sehen und entsprechend zu priorisieren.

Herr Roßkopf ergänzt ebenfalls, dass er diese Informationen nach Versand der Anfrage ganz aktuell in der Sitzung zum Busverkehr am 10.12.2012 erhalten hatte. Wenn der Postplatz kein Wendeplatz mehr wäre, ergäben sich ganz neue Möglichkeiten der Verkehrsplanung.

**Gegenstand:   Betreuungsplätze für Kinder;  
                  Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 29.11.2012  
                  Vorlage: 0964/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Bürgermeisterin Kabs beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Fragen 1 und 2:

Unser Jugendhilfeplaner Volker Herrling führte bis zur vergangenen Woche eine sehr umfangreiche Bedarfserhebung in allen Speyerer Kindertagesstätten durch. Die Daten werden derzeit zusammengestellt, analysiert und im Kontext der Kinderzahlen bewertet.

Gleichzeitig befinden wir uns gerade in den Gesprächen zur Kindertagesstättenbedarfsplanung 2013/14 ff.. Die Stadtteilkonferenzen wurden bereits durchgeführt und die Anträge/ Wünsche aller Träger aufgenommen.

Bis zur Trägerkonferenz am 16.01.2013 wird die Verwaltung -auf der Grundlage der o. g. Bedarfserhebung und den Anträgen der Träger- die aus ihrer Sicht notwendigen Vorschläge für die weitere Planung erarbeiten und dem Gremium zur Diskussion vorstellen. Dies schließt die Antwort auf die Frage bzgl. der Anpassung der aktuell festgeschriebenen Zielwerte, v. a. für die Altersgruppen 0-1 und 1-2jährige Kinder, sowie auf die nach Möglichkeiten der Reaktion auf kurzfristig erhöhte Bedarfe ein.

Die Trägerkonferenz erarbeitet einen gemeinsamen Vorschlag für den Jugendhilfeausschuss (JHA), der in seiner Sitzung am 13. Februar 2013 über die weiteren Planungen (Zielwerte, Um- und Ausbau usw.) beraten und beschließen wird.

zu Frage 3:

Wie die anderen Städte in der Metropolregion und entlang des Rheins haben auch wir zunehmend Schwierigkeiten bei der Besetzung vakanter Stellen. Quantitativ und qualitativ spüren wir dies deutlich an den eingehenden Bewerbungen.

Insbesondere bei TZ- und befristeten Stellen (z.B. im Rahmen von Krankheits- und Elternzeitvertretungen) kann kaum zeitnah geeignetes Fachpersonal gefunden werden.

Wir gehen davon aus, dass sich durch den weiteren massiven Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in der Region (in den Städten und Landkreisen) diese Situation in den kommenden 2-3 Jahren verstärkt.

Gemeinsam mit den freien Trägern sind wir im Gespräch zu Fragen der Akquise neuer Fachkräfte für Speyer.

zu Frage 4:

Die Vernetzung der beiden Arbeitsbereiche ist schon heute gegeben. Infolge des Auf- und Ausbaus der Kindertagespflege zu einer festen Planungsgröße für die Betreuung der zuerst unter dreijährigen, später der unter zweijährigen Kinder (neuer Rechtsanspruch in RLP) entstand ein reger fachlicher Austausch zwischen den Mitarbeiter/innen des Deutschen Kinderschutzbundes e. V. und der Abt. 460 „Kindertagesstätten/ Kindertagespflege“ des FB 4.

Infolge des bevorstehenden Umzugs der Abt. 460 in das Gebäude der Jugendförderung (auf den gleichen Flur, in dem sich die Büros des DKSB e.V. befinden), verkürzen sich Kommunikationswege, wodurch Synergieeffekte v. a. die zeitlichen Ressourcen der hier Beschäftigten betreffend, entstehen.

Aber auch für die Eltern wird es leichter: Sie können in einem Gebäude alle Angelegenheiten rund um die Kindertagespflege klären.

zu Frage 5:

In der Anlage finden Sie eine Aufstellung der Investitionsvolumen (1), die durch Erweiterungs- und Neubauten infolge der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen entstanden sind.

Unter (2) und (3) finden Sie die Aufstellung der Personal- und Sachkosten für 2012 und 2013.

Für 2012 haben wir die tatsächlichen Werte eingepflegt, vorbehaltlich der Rechenergebnisse nach der Endabrechnung mit dem Land, die erst im Laufe des Jahres 2013 vorliegt.

Die Hochrechnungen der geleisteten Mietzahlungen (4) basieren auf den jeweiligen Mietverträgen.

Die *Prognosen* für 2013 errechnen sich aus den Beschlüssen des JHA zur Kindertagesstättenbedarfsplanung 2012/13 ff. sowie bei den Personalkosten der freien Träger aus der Summe der von ihnen bei Abt. 4-460 gestellten Anträge.

Noch nicht eingepflegt werden konnten die zusätzlich ab diesem Jahr vom Bund bereitgestellten finanziellen Mittel

a) zum weiteren Ausbau der Betreuungsplätze:

Übernahme von Investitionskosten in Höhe von 27,2 Mio. € für RLP und

b) zur Beteiligung an den laufenden Betriebskosten der Kindertagesstätten ab 2013:

Übernahme von 75 Mio. € für alle Bundesländer jährlich aus dem Mehrwertsteueraufkommen

Ebenso fehlen die von Frau Ministerin Alt zugesagten zusätzlichen 3 Mio. € Landesförderung für den investiven Bereich.

Zur Verteilung dieser Mittel im Land RLP und zu den jeweiligen Förderzeiträumen ist uns noch nichts bekannt. Wir warten derzeit auf die hierzu angekündigte Landesverordnung.

Frau Keller-Mehlem bringt für die anfragende CDU-Fraktion ergänzend die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Zuschuss noch vor Weihnachten zugewiesen wird. Sie plädiert nachdrücklich dafür, alle Eltern zu unterstützen, ihre Kinder auf den Weg zu einer frühkindlichen Bildungsbetreuung bringen wollen. Dies sei ein ganz wichtiges Anliegen der CDU.

Herr C. Ableiter wirft zur Geschäftsordnung die Frage auf, ob dies hier eine Anfrage oder eine Propagandaveranstaltung sei.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

---

**Gegenstand: Kinderzirkus Bellissimia;  
Anfrage der SWG-Stadtratsfraktion vom 02.12.2012  
Vorlage: 0965/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Beantwortung erfolgt durch den Vorsitzenden. Er verweist auf die aktuelle Presseberichterstattung und führt weiter u.a. aus, dass es eine Bauvoranfrage für 4 Flächen gibt. 3 davon befinden sich im Außenbereich und scheiden damit aus; wenn überhaupt, dann allenfalls befristet für 6 bis max. 12 Monate. Deshalb wird darauf nicht weiter eingegangen.

Die Fläche am Judomaxx ist in näherer Betrachtung, ob eine Ansiedlung von Bellissima dort möglich wäre, allerdings ist dort bereits ein anderes Projekt in der Planung (Familiengarten – JSV und Stadt Speyer); die Antragstellung für Fördermittel ist schon in Vorbereitung. Es muss nun geprüft werden, ob eine Verlagerung dieses Projektes auf ein Ersatzgelände möglich ist.

Herr Roßkopf erkundigt sich ergänzend nach dem Zeithorizont. Dazu kann der Vorsitzende keine Aussage treffen, weil es zusätzlich Probleme mit der Tragfähigkeit des Bodens gibt.



30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

---

**Gegenstand: Neufassung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung**  
**Vorlage: 0956/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die intensive Vorberatung und empfehlende Beschlussfassung im Haupt- und Stiftungsausschuss.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Neufassung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung gemäß dem Vorschlag der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

---

**Gegenstand: Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung**  
**Vorlage: 0947/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Auf die Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss wird seitens des Vorsitzenden verwiesen. Die Mehreinnahmen werden auf rund 40.000 € p.a. geschätzt.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig den in der Vorlage beigelegten Entwurf der Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

---

**Gegenstand: Neufassung der Parkgebührensatzung  
Vorlage: 0948/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss. Ergänzend informiert er darüber, dass die kalkulierten Mehreinnahmen nicht 200.000 sondern 215.000 € betragen.

Herr Jaberg begrüßt, dass bislang freie Parkflächen in der Innenstadt in bewirtschaftete Parkplätze bzw. Anwohnerparkplätze umgewandelt werden. Er erinnert daran, dass auch am künftigen S-Bahn-Halt Süd Anwohnerparkplätze ausgewiesen werden müssen.

Herr C. Ableiter lehnt eine Gebührenerhöhung ab, weil sie zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger aus Speyer-Nord geht, die auf das Auto angewiesen sind, nachdem die ÖPNV-Anbindung in diesen Stadtteil mangelhaft sei.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen (C. + F. Ableiter – BGS) und 1 Enthaltung (Hofmann – BGS), den in der Vorlage beigelegten Entwurf der Neufassung der Parkgebührensatzung der Stadt Speyer.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

---

**Gegenstand:** Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung von  
Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung  
(Abfallgebührensatzung)  
**Vorlage: 0959/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Werkausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die in der Vorlage beigelegte Änderung der Abfallgebührensatzung.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

---

**Gegenstand:** Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Festsetzung der Beiträge und Gebühren für die öffentliche Abwasserbeseitigung vom 17.07.1996 (Abwassergebührensatzung)  
Vorlage: 0960/2012

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Werkausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die in der Vorlage beigelegte Änderung der Abwassergebührensatzung.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

---

**Gegenstand:   Satzung zur Änderung der Satzung der Stadtbibliothek Speyer  
                  (Änderungen der Gebührentabelle)  
                  Vorlage: 0928/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die in der Vorlage beigelegte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadtbibliothek Speyer.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

---

**Gegenstand: Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Teilnahme an Veranstaltungen der Volkshochschule Speyer**  
**Vorlage: 0929/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die in der Vorlage beigelegte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Teilnahme an Veranstaltungen der Volkshochschule Speyer.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

---

**Gegenstand:   Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebührenerhöhung der  
Musikschule der Stadt Speyer  
Vorlage: 0930/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die in der Vorlage beigelegte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebührenerhöhung Musikschule der Stadt Speyer.



30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

---

**Gegenstand:** **Beteiligung der Stadt Speyer an dem Zweckverband für  
Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in  
Rheinland-Pfalz (ZIDKOR)**  
**Vorlage: 0963/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Referenzvorlage: 0759/2012 (Stadtrat 10.05.2012)

**Beschluss:**

Der Stadtrat nimmt die redaktionellen Änderungen der Satzung zustimmend zur Kenntnis.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

---

**Gegenstand: Einführung einer weiteren Fachschule im Fachbereich Wirtschaft, Fachrichtung Betriebswirtschaft und Unternehmensmanagement an der Johann-Joachim-Becher-Schule  
Vorlage: 0899/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Czerny kann dem Antrag nicht zustimmen, weil dieser Schultyp kein Ersatz für das mehrfach abgelehnte Wirtschaftsgymnasium ist. Die nächste Schule dieser Art befindet sich in LU mit recht schwacher Belegung. Daher ist das kein Zukunftszweig für eine Berufsschule. Ein Umweltgymnasium o.ä. würde besser zu Speyer passen.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses stimmt der Stadtrat mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Czerny – Bündnis 90/Grüne) der Annahme des Antrags der Johann-Joachim-Becher-Schule zur Einrichtung einer Fachschule in der Fachrichtung Betriebswirtschaft und Unternehmensmanagement mit den Schwerpunkten „Büromanagement“ und „Handel“ an der Johann-Joachim-Becher-Schule zum Schuljahr 2014/2015 zu.

**Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 19 D "Alte Ziegelei" (Erlus-Gelände)**  
**hier:**  
**Auswertung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**  
**Auswertung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**  
**Beschluss zur Einleitung der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB**  
**Beschluss der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**  
**Vorlage: 0938/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Einleitend wird die Projektion eines Video-Trailers eingespielt, in dem eine 3D-Animation des Bauträgers die erwarteten Ansichten des geplanten Baufeldes aus der Luft und vom Rhein her visualisiert.

Herr Dr. Lorenz äußert in der anschließenden Diskussion, dass er dem vorliegenden Bebauungsplan in dieser Form nicht zustimmen kann, da im ursprünglichen Entwurf keine Bebauung vor der Fabrikantenvilla und eine freie Achse zum Rhein hin vorgesehen war. Die Grundstücke rechts der Villa liegen im rechtskräftigen Bebauungsplan Sterngarten, in dem eine Wohnbebauung dort nicht ausgewiesen ist. Das Rheinkolleg argumentiert in der Sache wohl ebenso

Anhand einer projizierten Fotomontage von der Straßen- und Deichseite her will Herr Dr. Lorenz darstellen, dass eine massive Bebauung entsteht, die das Stadtbild nachhaltig prägen wird; Zubauen sei natürlich auch eine Form der Baukultur. Er fordert erneut eine Simulation durch Stangen vor Ort, wie bereits 2010. Außerdem muss die Abschattung der Umgebung durch die Gebäude beachtet werden.

Frau Trojan (Stadtplanung) zeigt anhand einer anderen Fotomontage, dass die geometrischen Bezugspunkte und Perspektiven der Kritiker nicht korrekt sind und daher ein völlig verzerrter Eindruck über die Gebäudehöhen erzeugt wird. Außerdem sei die geplante Bebauung kein geschlossener kubischer Block, wie dort dargestellt.

Mit Zustimmung des Rates wird das Wort an Herrn Räch erteilt, der dort Anwohner ist. Er erläutert ebenfalls nochmals die grundsätzlichen Vorbehalte, die aufgrund der Fotomontage, die seine Tochter erstellt habe, vorgebracht werden.

Der Vorsitzende sagt eine Visualisierung in der Offenlage vor Ort zu.

Herr C. Ableiter spricht seinen Dank für die Fotomontage aus. Sie attestiert die Herstellung einer massiven Baulast auf einer relativ geringen Fläche. Daher bleibt BGS bei ihrer skeptischen bzw. ablehnenden Haltung gegenüber diesem Projekt. Die minimale Grünfläche im Anschluss an die extrem monotonen Hafenvillen ist schon jetzt zu klein. Nun nachträglich noch einen befreundeten Investor dort bauen zu lassen, nennt er ein Bubenstück.

Bezüglich der Verkehrsführung lehnt er eine prognostizierte Mehrbelastung von 3 dB durch eine Lichtsignalanlage an der Stelle ab, da dieser Wert eine extreme Belästigung darstellt.

Die SWG hat laut Herrn Roßkopf bereits 2010 eine Begrenzung der Höhe auf 110 m NN gefordert, was der Rat so wohl auch beschlossen hat. Auch Herr Prof. Telian scheint über die Gebäude südlich des Geländes sehr unglücklich zu sein. Die SWG hat sich daher mit großer Mehrheit gegen eine Wohnbebauung dort ausgesprochen. Der Bau- und Planungsausschuss hat allerdings anders entschieden; damit ist für die Fraktion eine rote Linie überschritten. Sie kann daher diesem Offenlagebeschluss in der Form nicht zustimmen.

In der Diskussion um die Gebäudehöhen äußert Herr Dr. Lorenz, dass die 114,40 m über NN als Obergrenze stehen. Nun die Barrierefreiheit nachzuschieben und für die weiteren 80 cm als Begründung heranzuziehen, ist für ihn ein k.o.-Kriterium. Der Vorsitzende wendet ein, die 114,40 m sind inklusive des nachträglich geforderten Passivstandards und der Barrierefreiheit; ohne diese wird das Objekt 80 cm niedriger.

Herr Feiniler versteht die ganze Diskussion nach den stundenlangen Beratungen im BPA nicht, weil sich ihm nicht erschließt, was sich seitdem geändert haben sollte. Er wirft die Frage auf, ob SWG und Grüne nun die ganze Bebauung in Frage stellen oder ob offenbar noch ein ganz dringender Informationsbedarf besteht. Auch die SPD wird nicht einheitlich abstimmen. Er weist aber darauf hin, dass der städtebauliche Wettbewerb von allen Fraktionen mitgetragen wurde. Bei der Umsetzung einer solch wichtigen Entscheidung sollte der Rat dann auch dahinterstehen. Herr Prof. Telian selbst hat die Bebauung im Bau- und Planungsausschuss über den grünen Klee gelobt.

Herr Roßkopf erwidert, der Antrag der SWG, den Raum im Süden freizuhalten, wurde im Bau- und Planungsausschuss verworfen. Nach dieser Entscheidung kann die SWG dem Gesamtpaket nicht mehr zustimmen. Die Vorlage von heute ist nicht mehr der Siegerentwurf. Herr Prof. Telian wird dazu sicherlich nichts sagen, weil er ja von der Umsetzung lebt, auch wenn es nicht mehr sein Siegerentwurf ist.

Herr F. Ableiter stellt fest, dass das vorhandene Grün auf dem Erlus-Gelände also dann erst mal wekommt. Bis die Pflanzungen nachwachsen, gehen Jahre ins Land. Das war den Bürgern wohl nicht klar. Faktisch wird dort ein Riesenklotz entstehen und man wird den Dom von der Kirmmeier-Straße aus nicht mehr sehen können.

Aus Sicht des Vorsitzenden ist es etwas spät, nun festzustellen, dass man ja eigentlich gegen den Wettbewerbsentwurf ist und sich überrascht zeigt, dass der Damm dort weggenommen werden soll.

Herr Förster fragt nach den Rechtsfolgen eines Offenlegungsbeschlusses und den Kosten, wenn der Rat den Bebauungsplan nicht beschließen würde.

Die Grünen stellen sich laut Herrn Dr. Lorenz nicht generell gegen eine Bebauung des Erlus-Geländes. Aber gegenüber dem früheren Wettbewerbsergebnis addieren sich die Höhen inklusive der Aufzugsschächte nun auf 19 m über das Niveau der Franz-Kirmmeier-Straße. Zusätzlich kann die Fraktion der Mitnahme der südlichen Flächen in den Bebauungsplan nicht zustimmen; es besteht keine Notwendigkeit, die Stadt ist nicht gezwungen dazu. Außerdem sind noch Fragen offen, wie z.B. die Lagerung der Hochwasserelemente und der Kosten dafür.

Herr Dr. Jung verfolgt die Diskussion mit Entsetzen. Er zählt die Historie zu den Entscheidungen mit immer neuen Forderungen der Opposition auf; nachdem alles berücksichtigt wurde, wird seitens der Kritiker nun erklärt, dass man das eigentlich ja vielleicht doch alles gar nicht will. Stundenlange Beratungen müssen doch irgendwann einmal zu einem Ergebnis führen, das noch nicht einmal eine endgültige Entscheidung darstellt.

/ 3

Herr Hinderberger stimmt Herrn Dr. Jung voll und ganz zu. Einige Ratsmitglieder gehen nicht in den BPA und warten auf die Ratssitzung, um sich dort vor der Presse zu profilieren. Er weist darauf hin, dass die alten, schon vorhandenen Häuser südlich des Erlus-Geländes dann halt stehen bleiben, bis die Ameisen sie aufgefressen haben.

In einer Grundsatzerklärung weist der Vorsitzende darauf hin, dass er sich den Schuh Erlus nicht anziehen muss, weil der Beginn des Projekts vor seiner Amtszeit liegt. Er war damals selbst überrascht, dass vom Rat ein Wettbewerb gefordert wurde, vollkommen an der bestehenden Bebauung vorbei. Es wurde der Beschluss für ein Großobjekt neben das Räch-Grundstück gefasst, wohl wissend dass dort noch Leute leben - und nach 2 Jahren zeigt man sich nun völlig überrascht. Wie man die Realisierung der nach und nach geforderten Standards wie Klimaschutzstandard, Barrierefreiheit, demografischem Faktor und günstigem Wohnraum unter einen Hut bringen soll, konnte ihm bislang keiner schlüssig erklären.

Wenn der Rat noch nicht einmal mehr in der Lage ist, über Zwischenschritte zu entscheiden, dann wird er als Oberbürgermeister Bebauungspläne künftig nur noch über Bürgerbeteiligung gestalten und dem Rat dann das fertige Ergebnis zur Kenntnis präsentieren. Ob damit dann allerdings noch eine Legitimation als gewähltes Vertretungsorgan der Bürgerschaft verbunden ist, stellt er in Frage.

Herr Feinler spricht sich daraufhin ebenfalls dafür aus, über die vom Bau- und Planungsausschuss empfohlene Beschlussvorlage heute abzustimmen.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen zum Bebauungsplan 19 D „Alte Ziegelei“ (Erlus-Gelände) wird entsprechend der Sitzungsvorlage entschieden.
2. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen zum Bebauungsplan 19 D „Alte Ziegelei“ wird entsprechend der Sitzungsvorlage entschieden.
3. Der entsprechend überarbeitete Entwurf zum Bebauungsplan einschließlich Begründung wird gebilligt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB einzuleiten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt auf dieser Grundlage die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

- |    |              |   |
|----|--------------|---|
| 21 | Ja-Stimmen   | (CDU, FDP, SPD – ohne Deutsch, Seiler, Dr. Wintterle) |
| 17 | Nein-Stimmen | (SWG, Bündnis 90/Grüne, BGS, Deutsch – SPD)           |
| 3  | Enthaltungen | (Seiler, Dr. Wintterle – SPD, REP)                    |

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

---

**Gegenstand: Neugründung der "GEWO-Leben gGmbH"**  
**Vorlage: 0962/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates der GEWO stimmt der Stadtrat einstimmig der Gründung der "GEWO-Leben gGmbH" zu.

**Gegenstand: Tourismusförderung; Einrichtung eines Beirates für Tourismus**  
**Vorlage: 0936/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Einleitend verweist der Vorsitzende auf die Vorberatung im Ausschuss für Tourismus und dessen Beschlussempfehlung. Er bittet, in der Vorlage unter Evangelischer Kirche der Pfalz Herr Dekan Jakob zu ergänzen, da dieser zwischenzeitlich nachnominiert wurde.

Herr Schütt begrüßt zwar grundsätzlich die Einrichtung dieses Beirates, lehnt aber die Vorschlagsliste ab, da sie seiner Meinung nach einen Verstoß gegen den bereits beschlossenen Besetzungsregeln darstellt. Er beantragt daher getrennte Abstimmung.

Auch Herr C. Ableiter stellt fest, dass die Regelung, wonach sowohl Fachleute als auch Ratsmitglieder im Gremium vertreten sein sollten, abgelehnt wurde. Nun über die Verbandsmitgliedschaften durch die Hintertür doch wieder Ratsmitglieder hineinzuwählen, lehnt die BGS ab. Daher beantragt er ebenfalls getrennte Abstimmung.

Aus Sicht von Herrn Deutsch ist der Tourismus für die Stadt enorm wichtig. Das Gremium hatte schon verschiedene Namen und sollte nun auf rechtliche Beine gestellt werden. Er kritisiert, dass der Arbeitskreis schon immer besser informiert war als der eigentliche Ausschuss. Mit der Vorschlagsliste ist der Beirat nur unvollständig besetzt, weil z.B. der Behindertenbeauftragte, Herr Brendel, nicht berücksichtigt wurde. Wenn nun doch zwei Mitglieder der Koalitionsfraktionen in den Beirat gewählt werden, fragt er sich, wie die Opposition darin vertreten wird. Er schlägt daher vor, den Ausschuss für Tourismus ganz aufzulösen und die Aufgaben dem Beirat zu übertragen.

Dem schließt sich eine Diskussion um die Unterscheidung von politischem Gremium und beratendem Organ (fachliche Besetzung) an. Frau Seiler wendet dabei ein, dass Schulträgerausschuss und Jugendhilfeausschuss auch mit lediglich beratenden Mitgliedern besetzt sind.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Vorschlagsliste in einem Stück beschlossen werden kann oder nach den einzelnen Personen aufgerufen werden soll, wendet Herr Dr. Jung ein, die Vorschläge kämen aus den Verbänden. Er hält es für nicht sachgerecht, den Verbänden vorschreiben zu wollen, wen sie in das Gremium entsenden dürfen und ruft zur Geschäftsordnung.

Der Stadtrat beschließt vorab mehrheitlich eine getrennte Abstimmung über Gremium und Besetzung.

**Beschluss:** (getrennte Abstimmung)

1. Auf Empfehlung des Ausschusses für Tourismus beschließt der Stadtrat einstimmig, den in der Tourismus-Strategie 2020 vorgeschlagenen Beirat einzurichten.

(Damit ist auch die Trennung nach politischen und nicht-politischen Mitgliedern entsprechend Strategiepapier beschlossen.)

Der Beirat nimmt seine Arbeit zum 01.01.2013 auf.

2. Nach mehrheitlichem Beschluss für eine Abstimmung der Vorschlagsliste en bloc beschließt der Rat mit den Stimmen von CDU, SWG, FDP sowie Knutas (SPD) mehrheitlich, dass folgende Personen in den Beirat berufen werden:

<b>Organisation</b>	<b>Mitglied</b>
Auto & Technik Museum Sinsheim e.V. / Speyer	Corinna Handrich
Bischöfliches Ordinariat	Domkapitular Peter Schappert
DEHOGA Rheinhessen-Pfalz	Ulrich Deisinger, Hotel Löwengarten (für die Hotellerie)
DEHOGA Rheinhessen-Pfalz	Martin Roßkopf, philipp eins (für die Gastronomie)
Einzelhandelsverband	Thomas Armbrust
Evangelische Kirche der Pfalz	Dekan Friedhelm Jakob
Historisches Museum der Pfalz Speyer	Gerhard Bossert
Leistungsgemeinschaft "Das Herz Speyers" / Kaufhof AG	Peter Bödeker
SEA LIFE Deutschland GmbH	Maik Christian Schmidt
Stadt Speyer	Rita Nitsche
Verkehrsverein Speyer e.V.	Heike Häußler

Frau Häußler und Herr Roßkopf haben an Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.



30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19

---

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen (Tischvorlage)**  
**Vorlage: 0969/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

Auf Vorschlag des Seniorenbüros:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>	<b>Stellvertreter(in):</b>
Seniorenbeirat (17.)	<b>Seniorenbüro (2)</b> unverändert <i>(Karl-Heinz Jung)</i>	<b>neu:</b> Monika Schmidt Eichenweg 4a <b>für:</b> Roswitha Skalitz (bereits ausgeschieden)

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20

---

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO  
(Tischvorlage)  
Vorlage: 0967/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2012



30. Sitzung des Stadtrates 13.12.2012 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!